

Allgemeine Erklärung vom 23. Januar 2010:

Diese Erklärung wurde ausgearbeitet von Gruppen und Bewegungen verschiedener Staaten der Europäischen Gemeinschaft (Frankreich, Spanien, Italien), die sich in einem gemeinsamen Kampf befinden gegen den Bau neuer Hochgeschwindigkeitszüge, sowie gegen Bahnstrecken für den massiven Schnelltransport von Waren. Wir versammeln uns heute, um Kräfte zu bündeln und laut unsere Kritik zu äußern, denn die Probleme, denen wir gegenüber stehen, sind in all diesen Ländern die selben.

Der Widerstand überwindet damit lokale Grenzen und nimmt eine europäische Form an.

Wir, Bürgerinnen und Bürger, Gruppen und Bewegungen verschiedener Staaten (Frankreich, Spanien, Italien), die sich im Kampf befinden gegen den Bau neuer Hochgeschwindigkeits-Zugstrecken sowie Bahnstrecken für den massiven Schnelltransport von Waren erklären, dass :

- diese Projekte für die Regionen, die sie durchqueren eine ökologische, sozio-ökonomische und menschliche Katastrophe darstellen: Zerstörung von Naturräumen und Landwirtschaftsflächen, zusätzliche Quelle umweltfeindlicher Auswirkungen und Umwelterstörung, mit schwerwiegenden Folgen für die Bewohner/innen.
- bei den Entscheidungsprozessen für diese Projekte die Bevölkerung ausgeschlossen blieb. Wir verurteilen die Verdunkelung, mit der die Regierungen und Verwaltungen agieren gegenüber der Kritik aus der Gesellschaft, sowie die Missachtung, mit denen kritischen Argumenten und neuen Vorschlägen begegnet wird.
- die offizielle Begründung für den Bau dieser neuen Strecken systematisch auf falschen Behauptungen über die Verkehrsentwicklung und die Wirtschaftlichkeit der Schnellzugsysteme basieren. Die Baukosten dagegen werden viel zu gering angesetzt, um die Projekte, deren wirkliche Nützlichkeit bis heute unbelegt ist, besser «verkaufen» zu können. Im Gegenteil: zahlreiche Studien haben deren wirtschaftliche und gesellschaftliche Nutzlosigkeit gezeigt (Essig-Studie in der Bretagne, Bermejo in Süd Euskal Herria, Citec in Nord Euskal Herria, Brossard 1998 und Ponts et Chaussées 2003 in Ródano-Alpes, Hefte des Technischen Observatoriums der Strecke Lyon-Turin in Italien), sowie die Berichte der Rechnungshöfe in Italien und Frankreich.
- der Vorrang, wie er den Schnellzugprojekten eingeräumt wird, sich zum Nachteil des Nahzugverkehrs auswirkt und zum Nachteil der Instandhaltung und Entwicklung bestehender Bahnlinien. Diese werden weder erhalten noch verbessert, dort wird die Chance vergeben, einen Warentransport zu entwickeln, der für die Region eine wichtige Infrastruktur darstellt und als öffentliche Dienstleistung Zugang für alle bietet.
- der Bau der Schnellzuglinien stattfindet im Rahmen einer planmäßigen Durchsetzung großer Infrastrukturen (Autobahnen, Flughafenausbau, Superhafenanlagen) und dabei im Widerspruch steht zur Vorstellung von einer nachhaltigen Entwicklung. Wir wehren uns gegen die unmäßige Ausweitung von Transporten, die der globale Kapitalismus in Szene gesetzt hat, der keine einheitliche lokale Entwicklung zulässt, sondern im Gegenteil der absurden Konzentration des Verkehrs und der Produktion in die Hände spielt und zu einer wilden Produktionsauslagerung führt.

Wir fordern:

- von der Europäischen Kommission und dem Europa-Parlament, den maßgeblichen europäischen Betreibern einer Transport-Politik auf mittlere und lange Distanz ein Moratorium bzgl der absurden und unnötigen großen Infrastrukturen (Schnellzüge, Autobahnen, Flughäfen, Superhäfen) sowie ein grundlegendes europäisches Umdenken in der Frage des Transportes (TEN-T, Trans Europe Networks –Transeuropäisches Transport Netz).
- von den Regierungen in Frankreich, Italien und Spanien die sofortige Einstellung der Schnellzugprojekte, um einer wirklichen öffentlichen Diskussion über gegenwärtige Modelle von Transport, Regionalaufteilung und Gesellschaft Raum zu geben, die hinter der zügellosen Entwicklung von Schnellzugsystemen steht.

Wir stellen fest, dass es Lösungen geben muss für:

- die Überholung, Instandhaltung und Verbesserung bestehender Bahnlinien, was aus ökologischer Sicht die akzeptableste Lösung ist und wesentlich weniger kostet als neue Schnelltrassen, und dazu die Umsetzung des Artikels 1 des Grenelle-Umwelt-Gesetzes vom 3.8.2009 (eine Lösung die auch im Delors-Weißbuch erklärt ist) bedeutet.
- eine Reduzierung von Transporten, zusammen mit einer tiefgreifenden Änderung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Vorstellungen, bei denen insbesondere den Faktoren Nähe und Wiederansiedelung von Industrie Priorität eingeräumt werden muss.
- das Zugeständnis für betroffene Gesellschaftssektoren, in letzter Instanz Entscheidungen zu treffen, als Basis wirklicher Demokratie und lokaler Autonomie gegenüber einem oktroyierten Entwicklungsmodell.

Unterschriften: